

Chancengerechtigkeit durch Bildungspläne – eine kritische Analyse  
Vortrag im Rahmen des Aktionstages des KTK-Bundesverbandes zum Thema:  
„Alles nach Plan? Eine bildungspolitische Bestandsaufnahme“  
didacta in Stuttgart am 25.2.2011 (Thesen)

---

1. Gut 50 Jahre nach der ersten Bildungsreformdiskussion in der Bundesrepublik in den 60er und 70er Jahren wird heute wieder Bildung im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit diskutiert. War es damals das viel zitierte „katholische Arbeitermädchen vom Lande in Süddeutschland“ (Dahrendorf), in dem sich alle Elemente von ungleichen Bildungschancen vereinigten, so muss heute eher der Junge mit Migrationshintergrund aus norddeutschen Großstädten als Prototyp für fehlende Chancen im deutschen Bildungswesen gefasst werden. Nach wie vor ist in Deutschland der Zusammenhang zwischen familiärer Herkunft und Erfolg im Bildungswesen – und damit sehr oft im Leben überhaupt – in Deutschland ganz besonders stark ausgeprägt.
2. Seit den neunziger Jahren zeigen die Pisa-Studien, dass das deutsche Schulsystem die mit der sozialen Herkunft begründeten geringen Chancen von Kindern aus bildungsfernen Milieu nicht ausgleicht, sondern zum Anlass und Maßstab für Selektion und Exklusion nimmt. Statt dass die Bildungsreformdiskussion in Deutschland aber auf diese grundlegende Mängel des Schulsystems abzielt, können wir eine Verschiebung der Perspektive auf die Familien selbst sehen. Hier wird die schicksalhafte Ursache für die Benachteiligung der Kinder gesehen.
3. Eine weitere Verschiebung der Perspektive richtet sich auf den Bereich vor und neben der Schule, auf die Krippen, den Kindergarten und den Hort. Schulen werden damit vom Bildungsreformdruck nachhaltig entlastet – eine gesellschaftliche Fehlentwicklung! Der Elementarbereich hat die bis dahin ungewohnte gesellschaftliche Aufmerksamkeit gern hingenommen, ohne dass es bis heute belastbare empirische Ergebnisse oder Erfahrungen gibt, die darauf verweisen, dass Tageseinrichtungen für Kinder überhaupt kompensatorisch auf die Defizite der kulturellen und sozialen „Ausstattung“ von Kindern aus bildungsfernen Familien einwirken können – oder dass es Konzepte und Kompetenzen gäbe, die versprechen, diese schwierige Aufgabe erfüllen zu können!
4. Esping-Andersen, der führende norwegische Wohlfahrtsforscher, hat darauf hingewiesen, dass man Eltern mit keinem Gesetz dazu zwingen könne, ihren Kindern vorzulesen, oder allgemeiner, sie zu befähigen, die Zukunft ihrer Kinder zu sichern. Aber man könne die Armut in den Familien und damit der Kinder bekämpfen. Dieses aber reiche nicht, zur Kompensation müsse man hoch qualifizierte Einrichtungen für Kinder schaffen, die in der Lage sind, die Probleme, mit denen die Kinder in ihren Familien beladen werden, auszugleichen, zu kompensieren. Tageseinrichtungen in Deutschland stehen in der gesetzlichen Pflicht, Kinder in ihren Familien zu sehen und die gemeinsame Verantwortung von Eltern und Einrichtungen für das Wohl der Kinder zu realisieren (SGB VIII).
5. Aus internationalen Studien wissen wir, dass positive Auswirkungen des Aufwachsens in guten Kindereinrichtungen vor allem bei Kindern aus belasteten Familienverhältnissen bis zum 14. Lebensjahr nachweisbar sind

- (EPPE), ebenso sind nach einer ersten deutschen Studie (Bertelsmann) langfristige positive Folgen des Besuchs von Krippen bis ins Erwachsenenalter nachweisbar. Gerade für Kinder aus bildungsfernen Schichten kommt es also darauf an, ob sie überhaupt in eine Einrichtung gehen und wie lange – und ob sie in eine gute Kindereinrichtung gehen.
6. Bildungspläne und –programme in allen Bundesländern stellen normative Konzepte für gute Kindertageseinrichtungen dar. Es kann aufgezeigt werden, dass in diesen Konzepten die gesellschaftliche Erwartung, wonach die vorschulischen Einrichtungen der Bildungskrise der Schule sozusagen „von Anfang an“ in vorausseilender Aktion beizukommen versuchen, angenommen wurde. Alle Bildungsprogramme beziehen sich auf die hohen Ansprüche der UN-Charta der Kinderrechte, sie bekennen sich zur Aufgabe der Inklusion und beziehen sich auf den grundlegenden Artikel 1 des KJHG (SGB VIII). Alle Programme sehen mehr oder weniger implizit Demokratie, Partizipation und Diversity als unverzichtbare Elemente von (früher) Bildung an und schließen damit an das Humboldtsche Bildungsideal an.
  7. Dabei handelt es sich in den Konzepten der Bildungsprogramme keineswegs um leere Floskeln, vielmehr wird in den meisten der programmatischen Texte diese Grundorientierung in pädagogische Ziele und Strategien umgesetzt und differenziert ausformuliert. Auch werden Akteure und Verantwortliche für die Umsetzung genannt: Kinder, Eltern, Erzieherinnen. Es fehlen allerdings entscheidende: Die Träger der Einrichtungen, die Fort- und Weiterbildung, die Forschung und die Wissenschaft und nicht zuletzt die Regierungen und Gesetzgeber.
  8. Es fehlen in den Programmen auch ganz entschieden Überlegungen dazu, ob die Kompetenzen der Erzieherinnen und der Träger, das Wissen der Forscherinnen, Fortbildnerinnen und Lehrenden dazu ausreicht, diese Aufgabe zu meistern.
  9. Als spezifische Kompetenzen für die Arbeit mit Kindern aus fremden Kulturen und bildungsfernen Milieus sind zu nennen: Respekt vor dem Fremden, Normenambiguität, angstfrei Neugierde zeigen, genaue Wahrnehmung, Arbeit mit Eltern und anderen Professionen. Alles Kompetenzen, die zu den allgemeinen beruflichen Kompetenzen der Erzieherinnen zu zählen sind, die jedoch der ständigen Überprüfung und Weiterentwicklung bedürfen.
  10. Die Bildungsprogramme sollten nicht als „Sonntagsreden“ verstanden werden, über die man zur immer bornierten Praxis übergehen kann. Vielmehr sollte die Praxis diese Programme in ihren Forderungen und Versprechungen ernst nehmen und ihrerseits Forderungen an die Qualität der Einrichtungen und an die Voraussetzung für die Erbringung der Qualität stellen. An freie Träger und Kommunen dagegen sind die Forderungen zu stellen, die besten Einrichtungen in die sozial belasteten Viertel zu setzen. So kann sich Praxis auf den Weg machen, gemäß der hoch gesteckten Ansprüche der Bildungsprogramme, Chancen gerechter zu verteilen.